



Infomail

CO₂-Ablasshandel der Schweiz: klimapolitischer Holzweg mit Ansage



Sehr geehrte Damen und Herren

Noch in dieser Frühlingssession wird das CO₂-Gesetz vom Parlament finalisiert. Dabei setzt man in Bern nach wie vor auf den Kauf von Auslandszertifikaten und damit auf Kompensationsprojekte, statt auf die Reduktion der eigenen Emissionen. Mit diesem Ablasshandel steht die Schweiz weltweit ziemlich isoliert da. Kein anderes Industrieland verfolgt das Modell in vergleichbarem Ausmass. Schliesslich ist das Vorgehen nicht nur äusserst umstritten. Es entpuppt sich immer deutlicher als Holzweg und schwächt den globalen Klimaschutz.

Das Wichtigste im Überblick:

- **Durch den jahrelangen Ablasshandel hat die Schweiz zu wenig eigene Emissionen reduziert und einen CO₂-Schuldenberg angehäuft, der weiterwächst.**
- **Laut Studien erreicht höchstens ein Viertel der verkauften Zertifikate auch tatsächlich die ausgewiesene Reduktion. Die Schweiz belastet das Klima also erheblich stärker als behauptet wird.**
- **Klimafreundliche Technologien verzeichnen weltweit ein rasantes Wachstum. Doch ohne konsequente Reduktionspläne im Inland fehlt es in der Schweiz an Markt-Anreizen. Die heimische Wirtschaft wird abgehängt.**
- **Zielkonflikte in Partnerländern lassen geeignete Projekte zur Mangelware werden. Nur ein Viertel der von 2021 bis 2030 nötigen Kompensation konnte bisher vertraglich gesichert werden.**
- **WWF-Lösungsvorschlag: Mit drei Massnahmen zu einer zukunftsfähigen Klimapolitik**

Ablasshandel: der Schweizer CO₂-Schuldenberg

Die eigenen Emissionen an anderen Orten mittels Kompensationsprojekten reinzuwaschen ist keine neue Erfindung und wurde im Rahmen des Kyoto-Protokolls bereits 2001 und damit lange vor dem Pariser Abkommen international etabliert. Salonfähig wurde das Instrument aber primär in der Schweiz. Kaum ein anderes Land macht in dem Ausmass davon Gebrauch. Aus gutem Grund.

In der ersten Kyoto-Periode von 2008 bis 2012 hätte die Schweiz ihre Emissionen um acht Prozent reduzieren sollen. Der Ausstoss blieb zwar konstant, das Ziel wurde aber dennoch erreicht: dank Zertifikaten für 16 Millionen Tonnen CO₂. In der folgenden Periode wollte die Schweiz eigentlich auf den Ablasshandel verzichten. Letztlich wurden aber doch Zertifikate für mehr als 20 Millionen Tonnen zugekauft und dem Schweizer Klimaziel angerechnet. Der Grund: bis 2013 wurde noch gar nicht reduziert, das CO₂-Gesetz wurde durch den Bundesrat damals unzulänglich umgesetzt und infolgedessen auch jegliches Zwischenziel bis 2019 verfehlt.

Das nun revidierte CO₂-Gesetz zum Erreichen des Reduktionsziels 2030 wird erst 2025 in Kraft treten. Dabei ist es derart schwach ausgestaltet, dass wiederum Zertifikate für rund 50 Millionen Tonnen CO₂ zu hohen Kosten zugekauft werden müssen, um die weiterhin hohen Schweizer Emissionen zu kompensieren. Denn diese dürften im Jahr 2030 nur 31 Prozent unter dem Niveau von 1990 liegen. Das Schweizer Gesetz und die internationalen Verpflichtungen sehen aber 50 Prozent vor. Die Folge: Die Differenz zwischen Zielpfad und tatsächlicher Reduktion der Emissionen wird immer grösser. Der Schweizer CO₂-Schuldenberg wächst auch in der nächsten Periode weiter an.

Wirtschaftsstandort gefährdet

Leider ist nicht alles grün, was glänzt. So kam eine **Studie im Auftrag der EU** zum Ergebnis, dass rund drei Viertel der verkauften Zertifikate nicht die Reduktion erreicht haben, die sie ausweisen. Diese Annahme

vorausgesetzt, hat die Schweiz das Klima mit vielen Millionen Tonnen CO₂ mehr belastet, als behauptet wird. Das beabsichtigte Nullsummenspiel wird so zum Desaster für den Klimaschutz.

Daneben ist der Schweizer Ablasshandel auch für den heimischen Wirtschaftsstandort ein zunehmendes Problem. Ohne konsequente CO₂-Reduktionspläne im Inland fehlt es an Anreizen, Technologien zur Dekarbonisierung und einen entsprechenden Markt in der Schweiz zu entwickeln, was vielfach als Voraussetzung für internationalen Erfolg gilt – die Schweiz verliert den Anschluss. Zum anderen ist die eigene Reduktion nicht nur günstiger als der Einkauf von Zertifikaten, Effizienzmassnahmen und die zunehmende Elektrifizierung reduzieren **sogar die Kosten** gegenüber heute.

Während die Schweiz weiter auf umstrittene Kompensationsprojekte setzt, gehen andere Länder voran. Die weltweite ökologische Transformation verzeichnet weltweit ein rasantes Wachstum, klimafreundliche Technologien werden marktfähig und sind oft günstiger als ihre schädlichen Alternativen. Auch Nicht-Industrielländer führen Förderinstrumente ein und entsprechende Gesetze machen klima- und umweltverträgliche Lösungen zunehmend zur Norm.

Diese Entwicklung ist erfreulich und gleichzeitig einer der Gründe, warum die Wirkung von Kompensationsprojekten häufig deutlich überschätzt wird. Denn die Bedingungen können sich zwischen der ersten Projektidee, dem Start und dem oft jahrzehntelangen Betrieb deutlich verändern. Ein Projekt, das ursprünglich auf die Zusatzeinnahmen durch den Zertifikateverkauf angewiesen ist, wäre dann wenige Jahre später auch ohne diese Einnahmen rentabel und deshalb umgesetzt worden. Die sogenannte **Zusätzlichkeit**, welche bei Projektfindung eigentlich nachgewiesen wird, langfristig zu gewährleisten, ist demnach praktisch unmöglich.

Fehlanreize und zu wenig gute Projekte

Nach den aktuell gültigen Regeln muss ein Land, in dem Schweizer Kompensationsprojekte durchgeführt werden, sein Einverständnis erklären, dass die dabei erzielte Reduktion der Schweiz und eben nicht für das Erreichen der eigenen Klimaziele angerechnet wird. So soll vermieden werden, dass eine erzielte Leistung doppelt verbucht wird.

Dank dem Pariser Klimaabkommen verfolgen alle 13 Projektländer der Schweiz auch eigene Klimaziele. Spätestens bis Februar 2025 müssen alle Staaten ihre neuen Ziele bis 2035 bei der UNO einreichen. Es ist zu befürchten, dass die Ziele der 13 Länder nicht sehr ambitioniert ausfallen werden, um die Projekte und damit die Geldquelle aus der Schweiz nicht zu gefährden. Dieser kontraproduktive Anreiz führt das Kompensationsinstrument ad absurdum.

Andererseits werden die Zusätzlichkeit und Wirksamkeit der Schweizer Projekte etwa in Thailand, Malawi, Georgien oder Peru schon jetzt in Frage gestellt, unter anderem von der **ETH Zürich** sowie den Entwicklungsorganisationen **Alliance Sud**, **Fastenaktion** und der **Caritas**. Die Stiftung Klimaschutz und CO₂-Kompensation (KliK), die für die Suche nach geeigneten Projekten verantwortlich ist, warnte zudem **im Herbst 2023**: Erst 25 Prozent der aktuell nötigen Kompensation konnte vertraglich abgesichert werden. Und das, obwohl bereits seit 2019 gesucht wird.

Mittlerweile versuchen auch Ratingagenturen die Spreu vom Weizen zu trennen und es zeigt sich immer deutlicher, dass es nur wenig gute **Projekte** auf dem Markt gibt. Der WWF hat an der Entwicklung eines **Selbsttest-Instruments** mitgearbeitet, das aufzeigt, weshalb die besten Werte kaum zu erreichen sind.

Ausblick

Bereits 2017 hat der WWF vor den Klimafolgen und den hohen Kosten des schon damals für 2021-2030 geplanten Ablasshandels gewarnt. Mehrheiten im Bundesrat und Parlament haben sich immer wieder vor der Verantwortung gedrückt, doch der Plan geht nicht auf: Die Abwärtsspirale setzt sich fort und der Handlungsdruck wird immer grösser. Mit folgendem Massnahmenbündel kann der Befreiungsschlag gelingen:

1. **Dekarbonisierung:** Das Schweizer System ist noch immer auf die Verwendung von Erdöl und Gas ausgerichtet. Das muss sich schnell ändern. Mit einem guten Mix aus marktwirtschaftlichen Instrumenten,

finanziellen Anreizen, Geboten und Verboten können die Spielregeln angepasst werden. So kann die ökologische Transformation gelingen und dabei einfach, lohnend und selbstverständlich werden.

2. **Ausstieg aus Kompensationsprojekten:** Ein solcher Ausstieg sollte spätestens bis 2035 erfolgen. In der Übergangszeit muss die Klimaschutzwirkung der Kompensationsprojekte verbessert werden. Deshalb sollte die Zusätzlichkeit gekaufter Zertifikate jährlich überprüft werden. Unterstützt von der Schweiz sollten sich die 13 Partnerländer zudem für 2035 Klimaziele setzen, die mit dem 1.5-Grad-Pfad kompatibel sind.
3. **Wirtschaft und Finanzsektor in die Pflicht nehmen:** Geografisch überschaubar verfügt die Schweiz global über grossen finanziellen und wirtschaftlichen Einfluss. So ist der Finanzplatz an Emissionen beteiligt, die bis zum 40-fachen der Inlandsemissionen betragen und auch die heimischen Unternehmen verursachen über weltweite Aktivitäten und Lieferketten ein Vielfaches der Schweizer Klimabelastung.
4. **Klimafinanzierung erhöhen:** Die Klimafinanzierung zu Gunsten der Länder des globalen Südens muss mindestens verdoppelt werden, sodass die Schweiz einen fairen Anteil an der weltweiten Verpflichtung leistet.

Die Schweiz darf sich nicht länger klein machen, sondern sollte diese Hebel selbstbewusst nutzen und so weltweit einen Unterschied machen.

2025 wird das nun revidierte CO₂-Gesetz in Kraft treten. Doch entgegen den Hoffnungen wird es die Probleme des Ablasshandels nicht lösen, sondern noch verschärfen. Es ist ein klimapolitischer Holzweg mit Ansage. Nun sind die Verantwortlichen in Bern gefordert, rasch neue Lösungen für echte Reduktion im Inland vorzulegen. Wir helfen gerne.

Patrick Hofstetter
Klimaschutzexperte beim WWF Schweiz

Mit diesem Infomail informiert der WWF Schweiz Entscheidungsträger:innen und Expert:innen über aktuelle energie- und klimapolitische Herausforderungen und über unsere Positionen und Vorschläge zur Energiezukunft und Dekarbonisierung. Gerne dürfen Sie die Mail weiterleiten. *Bisherige Infomails sind hier zu finden.* An- und Abmeldungen nehmen wir über folgende Adresse entgegen: ClimateEnergy@wwf.ch



Unser Ziel

Gemeinsam schützen wir die Umwelt und gestalten eine lebenswerte Zukunft für nachkommende Generationen.

WWF Schweiz

Hohlstrasse 110
Postfach
8010 Zürich

Tel.: +41 (0) 44 297 21 21
wwf.ch/kontakt

Spenden:
wwf.ch/spenden